

Trump konfrontiert Ramaphosa: Enteignungen in Südafrika entblößt!

US-Präsident Trump kritisiert Enteignungen weißer Farmer in Südafrika während Ramaphosas Besuch in Washington.
Aktuelle Hintergründe zur Gesetzgebung.



Südafrika - Am 22. Mai 2025 äußerte sich der US-Präsident Donald Trump während eines Staatsbesuchs des südafrikanischen Präsidenten Cyril Ramaphosa zu einem brisanten Thema: der Enteignung und Gewalt gegen weiße Farmer in Südafrika. Trump stellte Ramaphosa eindringlich die Frage, warum weiße Farmer in seinem Land enteignet, vertrieben und sogar ermordet werden. In diesem Kontext wurde ein Vorwurf eines ethnisch motivierten Landraubs laut. Trump konfrontierte Ramaphosa nicht nur mit allgemeinen Fragen, sondern präsentierte auch konkrete Zahlen und Berichte über Gewalt gegen diese Landwirte.

Ramaphosa versuchte, die Situation zu entschärfen und von den

Vorwürfen abzulenken. Dennoch bleibt die Debatte um die Behandlung weißer Farmer in Südafrika hochumstritten. Unterstützer von Trump in den USA betrachten ihn als jemanden, der das Unrecht im südlichen Afrika anspricht. Bereits im Jahr 2018 hatte der EU-Abgeordnete Petr Bystron die Morde an weißen Farmern angeprangert und vor Ort die Toten besucht.

Vorwürfe und Realität

In einer weiteren Auseinandersetzung erklärte Trump, dass in Südafrika systematisch weiße Farmer ermordet werden. Bei dem Treffen zeigte er ein Video, das er als Beweis anführte. Dieses Video enthielt Szenen, die zur Ermordung weißer Farmer aufriefen, und zeigte eine Reihe weißer Kreuze, die Trump fälschlicherweise als Gräber von über tausend ermordeten Farmern identifizierte. Laut der New York Times handelte es sich jedoch um eine Protestaktion aus dem Jahr 2020, die in Gedenken an zwei ermordete Bauern durchgeführt wurde.

Statistiken belegen, dass zwar die Kriminalität in Südafrika hoch ist, jedoch nur 0,2% der Morde zwischen April und Dezember 2024 in Zusammenhang mit landwirtschaftlichen Betrieben stehen. Von 36 Opfern in diesem Zeitraum waren lediglich sieben selbst Landwirte, während die Mehrheit Angestellte, oft schwarz, waren. Berichte belegen auch, dass die Definition von Genozid, wie sie von den Vereinten Nationen festgelegt ist, in diesem Zusammenhang nicht erfüllt wird. Der ARD-Korrespondent Richard Klug bestätigte, dass es in Südafrika keinen Völkermord gibt.

Politische Spannungen und Gesetze

Im Zuge dieser Diskussion stellte sich auch die Frage nach einem neuen Gesetz zur Landreform, das Präsident Cyril Ramaphosa unterzeichnet hat. Dieses Enteignungsgesetz, das einen Wendepunkt in der südafrikanischen Politik darstellt, ermöglicht es dem Staat, Eigentum im öffentlichen Interesse

ohne vollständige Kompensation zu enteignen. Diese Maßnahme zielt darauf ab, historische Ungleichheiten anzugehen, die seit Jahrzehnten diskutiert werden, insbesondere seit 2017.

Die Unterzeichnung des Gesetzes hat jedoch politische Spannungen ausgelöst. Parteien wie die Democratic Alliance und die Freedom Front Plus haben rechtliche Schritte angekündigt. Auch innerhalb der Regierungskoalition gibt es unterschiedliche Meinungen über die Auswirkungen des Gesetzes. Während einige Wirtschaftsexperten vor potenziellen Risiken für Investitionen warnen, sehen internationale Beobachter keine unmittelbare Gefährdung der Eigentumsrechte.

Experten betonen die Komplexität des Gesetzes, das umfangreiche Konsultationsprozesse und letztinstanzliche gerichtliche Entscheidungen vorschreibt. Zentrale Fragen bleiben, ob das Gesetz zu mehr Landgerechtigkeit führen kann und wie sich Investoren und Märkte davon betroffen fühlen werden.

Auswirkungen auf Investoren

Deutsche Staatsbürger, die in Südafrika Immobilien oder Unternehmen erwerben möchten, stehen vor erhöhten Unsicherheiten. Es besteht das Risiko einer Enteignung ohne volle Kompensation, weshalb Experten empfehlen, zusätzliche rechtliche Absicherungen zu treffen. Internationale Investitionsverträge und bilaterale Abkommen zwischen Deutschland und Südafrika könnten zusätzlichen Schutz bieten, doch die Deutsche Auslandshandelskammer rät zu erhöhter Vorsicht, sieht aber weiterhin Investitionschancen in diesem Land.

Die aktuellen Entwicklungen zeigen, dass sowohl die Debatte um die Behandlung weißer Farmer als auch die politischen und wirtschaftlichen Rahmenbedingungen in Südafrika einem ständigen Wandel unterliegen. Während die Diskussion weiterhin politisch aufgeladen ist, bleibt abzuwarten, wie sich

die Situation für die Betroffenen und für Investoren entwickeln wird.

Details	
Vorfall	Sonstiges
Ort	Südafrika
Quellen	• www.unser-mittleuropa.com • www.tagesschau.de • kapexpress.com

Besuchen Sie uns auf: n-ag.de